

Wortprotokoll zu TOP 5

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

38. Sitzung
27. Januar 2014

Beginn: 10.08 Uhr
Schluss: 13.38 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Gewalt beim Sport – Fachliche und
sicherheitspolitische Maßnahmen**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0421
**Mehr Sicherheit durch Rauchmelder – Gesetz zur
Änderung der Bauordnung für Berlin**

[0065](#)
InnSichO
BauVerk(f)
Haupt

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung – vorgezogen –

Besondere Vorkommnisse

Vorsitzender Peter Trapp: Hier geht es um die beiden Fragen, die von der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt worden sind. Ich lese mal die Fragen vor. Fraktion Die Linke:

Welche Verbindung besteht zwischen dem Berliner Landeskriminalamt und dem Neonazi Nick Greger? War oder ist dieser eine V-Person?

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Möglicher weiterer V-Mann des Berliner Landeskriminalamts mit Kontakt/Verbindungen zum V-Mann „Piatto“, geführter NSU-Unterstützer auf der 129er-Liste?

Das waren die beiden Fragen, die jetzt vorgezogen und vom Senator behandelt werden.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Herr Vorsitzender! Meinen Damen und Herren! Die Linksfraktion im thüringischen Landtag hat vergangenen Freitag in einer Pressemitteilung erklärt, dass es in Berlin eine weitere V-Person aus dem PMK-Bereich „rechts“ gegeben haben soll, ein Sachverhalt, der geeignet sein soll, einen erweiterten Bezug zum Umfeld des NSU herzustellen. Mit dieser Erklärung aus Thüringen werden wir uns hier in Berlin selbstverständlich auseinandersetzen. Ich habe zum Jahreswechsel in einem Interview deutlich gemacht, dass ich nicht zu denen gehöre, die sagen, dass die Aufklärung in Deutschland abgeschlossen sei, dass vor allem die Arbeit der Untersuchungsausschüsse und die juristische Aufarbeitung in München abgewartet werden müssen.

Bei aller Zurückhaltung, die in öffentlicher Sitzung geboten ist, gehe ich davon aus, dass Ihnen die VP-Akten, die Ihnen bereits seit Ende August 2013 zur Einsicht zur Verfügung stehen, bekannt sind. Sie haben also Zugang zu allen VP-Informationen, die auch mir vorliegen. Einzig Passagen, die die Identifizierung der VP-Personen mit sich bringen können, sind geschwärzt worden. Das hatten wir hier miteinander besprochen. Diese Schwärzung ist erfolgt unter Kontrolle und Überprüfung von Herrn Heintschel-Heinegg. Er war damals der Ermittlungsbeauftragte beim NSU-Untersuchungsausschuss.

Sie wissen aus vergangenen Diskussionen, dass es aus juristischen Gründen nicht ohne Hürden ist, über solche Sachverhalte öffentlich zu sprechen. Mein Wunsch wäre es, mit Ihrem Einverständnis möglichst offen darüber zu reden. Juristische Voraussetzungen, die dazu vonnöten sein könnten, wollen wir beschaffen, damit es uns möglich ist. Wir haben jetzt diese Informationen durch diese Pressemitteilung vom vergangenen Freitag. Das bringt das eine oder andere mit sich. Ich würde an dieser Stelle ganz gern an Polizeipräsident Kandt und im weiteren Verlauf ggf. an Herrn Stepien übergeben.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Senator, für die einführenden Worte! – Dann hat der Herr Polizeipräsident das Wort.

Polizeipräsident Klaus Kandt Ich kann hier auch nur bekräftigen, dass wir grundsätzlich interessiert sind, die Sachverhalte offen darzustellen. Wir haben aber von dem Vorgang in Thüringen erst seit Freitag Kenntnis, von der Anfrage, und wir haben es bis heute früh noch nicht erreichen können, die rechtliche Prüfung, inwiefern wir die Sachverhalte in der Öffentlichkeit darstellen dürfen, abzuschließen. Ich erwarte aber das Ergebnis im Laufe der Woche und denke, dass es dann auch möglich sein wird, die Dinge offen darzustellen. Ich kann an der Stelle nur sagen, dass LKA-Beamte in Thüringen waren und dass alle Maßnahmen nicht die Absicht hatten, irgendwelche Zielrichtungen eines Untersuchungsausschusses zu behindern oder zu beeinflussen.

Vorsitzender Peter Trapp: Weitere Informationen? – Herr Stepien!

Oliver Stepien (Polizeilicher Staatsschutz): Viel kann ich zum derzeitigen Zeitpunkt dazu nicht ergänzen – vielleicht nur der Hinweis, dass grundsätzlich ein denkbarer Anlass für bestimmte Sensibilisierungsgespräche die Frage ist, inwieweit eine Person konkret oder grundsätzlich abstrakt gefährdet ist, und dass möglicherweise in diesem Zusammenhang Personen angesprochen werden, um sie auf potenziell bestehende Gefährdungen vorzubereiten, sie davon in Kenntnis zu setzen und sich insofern auszutauschen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Wolf, Sie haben das Wort!

Udo Wolf (LINKE): Danke, Herr Vorsitzender! – Die Thüringer Linksfraktion ist ja durch ein über einstündiges YouTube-Video auf diesen Vorgang aufmerksam geworden, das im vergangenen Jahr auf Sendung gegangen ist, wo der angebliche Aussteiger, aber immer noch aktive Neonazi Nick Greger sich sehr ausführlich darüber auslässt, insbesondere über sein Verhältnis zu „Piatto“ usw., aber eben auch über diesen Besuch. Da stellt sich natürlich erst mal die Frage, warum das überhaupt erst über den Umweg Thüringer Linksfraktion, Pressemitteilung von uns, die wir das aufgreifen, in den Fokus des Polizeipräsidenten und des Innensensors kommt, zumal doch die Verabredung war, dass alles, was noch an Akten da ist, auch durch die eigene Ermittlungsgruppe in der Behörde gesichtet wird, und, wenn da irgendwas ist, sofort für Aufklärung und Offenheit zu sorgen. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Ich wäre jetzt davon ausgegangen, dass Sie sagen, Sie wissen nichts darüber, dass da LKA-Beamte hingefahren sind, um das zu machen. Es erstaunt mich einigermaßen, wenn Sie das wissen, warum Sie zum jetzigen Zeitpunkt nichts über die Gründe wissen, wenn das Video schon so lange auf Sendung ist, warum Sie nichts über die Gründe wissen, warum die da hingefahren sind, und wie Sie die Darstellung von diesem Greger dezentieren können. Der sagt explizit in diesem Video, er wurde darauf hingewiesen, dass er vor keinen Untersuchungsausschüssen aussagen soll, bis hin zu solchen Bemerkungen: Wir haben dir früher geholfen, hilf du uns!

Der zweite Komplex bei der ganzen Geschichte ist: Greger selbst steht weder auf der 129er-Liste noch auf der 141er-Liste. Das sei ihm zugestanden. Aber „Piatto“ stand auf der Liste, und er ist damals in dem Zusammenhang mit „Piatto“ angeworben worden, wie es aussieht, nach eigener Aussage. – Warum müssen Sie durch die Thüringer Linksfraktion aufmerksam gemacht werden, obwohl das Versprechen existiert, dass Sie diese Sachen alle selbst ermitteln und uns dann auch mitteilen, wenn es da was Neues gibt?

Vorsitzender Peter Trapp: Dann hat jetzt Frau Herrmann das Wort.

Clara Herrmann (GRÜNE): Herr Innensenator! Wir sind uns einig, dass die Aufklärung in Sachen NSU längst noch nicht abgeschlossen ist. Ich habe hier heute vernommen, dass es kein klares Nein auf die Frage gab: Nick Greger, V-Mann des Berliner LKA? – und es ein klares Ja auf die Frage gab: Haben Berliner LKA-Beamte ihn in Thüringen aufgesucht? Dazu hätte ich noch ein paar Fragen, denn Herr Greger sagt in dem Interview, das er einem rechts-populistischen Magazin gegeben hat, sehr eindeutig, er wurde Ende Oktober aufgesucht, da habe es eine Kontaktaufnahme gegeben, LKA-Beamte, und die hätten in seinem Sinne Akten geschwärzt, und er solle keine Aussagen treffen zu seinen Kontakten, Verbindungen zu Carsten Szczepanski alias „Piatto“, V-Mann Landesverfassungsschutz Brandenburg. Wenn Sie hier sagen, Herr Kandt, das sei keine Aufforderung gewesen, die Arbeit der Untersuchungsausschüsse zu behindern, möchte ich wissen: Ist in diesem Gespräch gefallen, dass Herr Greger keine Aussagen machen soll zu dem, was er weiß über Carsten Szczepanski, den NSU-Helfer, der Waffen besorgen sollte – gegenüber wem auch immer, gegenüber den Untersuchungsausschüssen oder auch gegenüber dem Generalbundesanwalt, der ja immerhin diese Listen führt, wo Szczepanski auch einer der NSU-Helfer ist? Das empfände ich dann als einen größeren Skandal, wenn das Landeskriminalamt Berlin Leute auffordert, die vielleicht Aussagen in Bezug auf den NSU und zu Ermittlungen treffen und zu Hintergründen aufklären könnten, keinerlei Aussagen zu machen.

Die zweite Frage ist: Warum hat dieser Besuch stattgefunden? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Stepien, dann finden regelmäßig Gespräche im Zusammenhang mit der Gefährdung von Vertrauenspersonen statt. Da würde mich interessieren: Haben mit allen ehemaligen und derzeitigen Vertrauenspersonen aus dem Bereich „rechts“ solche Gespräche stattgefunden, deren Akten in der Innenverwaltung geschwärzt sind, um nicht auf die Identität Rückschlüsse ziehen zu können? Wenn ja, wurde gegenüber allen gesagt, dass sie möglicherweise im Zusammenhang mit dem NSU nichts sagen sollen?

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann für die Piraten Herr Höfinghoff!

Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Vielen Dank! – Das ist jetzt das wievielte Mal, dass so was in der Richtung passiert? – Ich habe nicht gezählt. Der Punkt ist: Es ist, glaube ich, das erste Mal, dass es jemanden betrifft, der eine derartige Prominenz hat wie besagter Nick Greger, der seit 20 Jahren in der Neonaziszene unterwegs ist, auch bekannt, ein Gewalttäter, und der offensichtlich auch entsprechend lange für das Berliner LKA als V-Person tätig war. Die Frage, die sich gerade im gesamten Umfeld NSU-Ermittlung bzw. interne Ermittlung beim Berliner LKA stellt, ist: Wem sollen wir als parlamentarischer Ausschuss überhaupt noch vertrauen? Entweder können wir null Vertrauen in die Ermittlungsmaßnahmen im LKA oder in die Kommunikation nach außen durch die Innensenatsverwaltung haben, im Zweifelsfall auch beides. Den Senator möchte ich auffordern: Schaffen Sie da Klarheit! Ähnlich wie das, was die Kollegin Herrmann gerade gesagt hat: Dieses Vertrauen kann nur an der Stelle hergestellt werden, wo wir eine klare Informationslage haben, was bei dem Besuch in Thüringen, in Pößneck, gesagt wurde, was der Inhalt der Gespräche war. Es wird Gesprächsprotokolle geben, davon gehe ich aus. Und ich möchte gern auch noch, separat von den anderen VP-Akten, die von Nick Greger explizit so vorgelegt haben, dass wir sie uns, meinetwegen im Geheimschutzraum, angucken und da noch mal genau nachschauen können. Das können wir auch

gern in eine Art Antrag verpacken. – Ich erwarte jetzt von der Senatsverwaltung eine klare Informationslage Sie brauchen sich über mangelndes Vertrauen in Ihr Amt und Ihre Behörden nicht zu beschweren, wenn das das Informationsverhalten der Senatsinnenverwaltung ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Mir ist immer etwas unwohl, wenn man Schlussfolgerungen zieht und Erkenntnisse gewinnt auf einer nicht ganz gesicherten Sachverhalts- oder Datengrundlage. Darüber müssen wir reden. Wir haben gemeinsam das Interesse, dass das, was möglicherweise schiefgelaufen ist – – Die Frage ist: Wann war er aktiv, ist er noch aktiv, oder ist er nicht mehr aktiv? Ist er überhaupt noch ein V-Mann, oder ist er das nicht mehr? – alles Fragen, die da wichtig sind. Wenn wir diese vollständigen Daten haben, können wir das auch bewerten, und das müssen wir auch tun. Diesen Anspruch, uns das vorlegen zu lassen, müssen wir auch haben als Innenausschuss.

Jetzt sagt der Senator: Die Akten sind ja alle einsehbar bis auf die geschwärzten Passagen. – Uns wird gar nichts anderes übrig bleiben, als uns das zunächst einmal in einem ersten Durchgang vertraulich anzugucken, und dann muss man über das weitere Verfahren reden, wie man auf Dauer im Innenausschuss diese ganzen Fragen, wenn sie geheime, vertrauliche, NfD- und andere Sachen betreffen, sinnvollerweise behandelt. Aber jetzt so zu tun, als wüssten wir schon genau, was los ist, und kennten auch schon die Bewertung, und die hier öffentlich zu diskutieren, ist ein bisschen fahrlässig. Also einmal bitte sich der Prozedur unterziehen, es sich unter vertraulichen Bedingungen anzugucken, und wenn wir dann meinen, dass das Verfahren des Parlaments unangemessen ist und man das alles öffentlich machen muss, dann muss man darüber reden, was öffentlich geht und was nicht. Aber lassen Sie uns dieses Verfahren wählen!

Zweite Bemerkung: Das hier ist eine Sache des Generalbundesanwalts. Er ist doch, nehme ich an, Herr des Verfahrens und nicht eine Berliner Ermittlungsbehörde. Es geht darum, ob jetzt einem Verfahren, das dem Generalbundesanwalt hilft, irgendwas vorenthalten wird oder nicht oder ob einem Untersuchungsausschuss irgendwas vorenthalten wird oder nicht. Das muss man sich angucken. Es ist kein so großer Grund zur Aufregung, aber wir alle haben genauso das Interesse zu erfahren, was genau mit diesen V-Personen passiert und was die gemacht haben. Also lassen Sie uns das genau angucken! Herr Höfinghoff hat die Anregung schon gegeben, dass wir uns das im Geheimschutzraum ggf. angucken. Das muss aber wirklich nicht heute sein.

Vorsitzender Peter Trapp: Herr Dr. Juhnke, Sie haben das Wort!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Ich kann nur unterstreichen, was Herr Zimmermann sagte. Wir haben wieder die Situation, dass versucht wird auszuspielen, dass auf der einen Seite eine Behörde eine gewisse Vertraulichkeitszusage bestimmten Menschen gegenüber ausgesprochen hat, gleichzeitig aber auch in der Öffentlichkeit bestimmte Dinge kolportiert werden. Aber es ist immer ein Unterschied, ob man das in der Öffentlichkeit macht oder ob man eine Verantwortung trägt. Das jetzt hier gleich wieder hinzustellen und das Schlechtestmögliche davon zu denken, ist die alte Leier, um dieses narrativ weiterzuspinnen, hier wären irgendwelche Dinge, die verdeckt werden müssen, oder ähnliche Dinge, was sich bisher weder er-

wiesen hat noch bewiesen werden konnte. Natürlich darf auch das Wort „Skandal“ nicht fehlen, das ist Standardrepertoire. Deswegen weiß ich auch nicht, ob das jetzt noch von großem Interesse ist.

Ich habe übrigens auch den Ausführungen, die ich hier gehört habe, nicht entnehmen können, dass den Leuten in irgendeiner Weise empfohlen wird, dem Ausschuss oder Ähnlichem nichts zu sagen. Von daher bitte ich auch, diese Dinge so zu bewerten und hier nicht gleich wieder das ganz große Rad drehen zu wollen, nur um daraus politischen Honig zu saugen. Ich glaube, das Thema ist ausreichend sensitiv und entsprechend auch so zu werten, dass wir hier mit Fakten argumentieren sollten und auch die Dinge abwarten müssen und den Zeitablauf, der notwendig ist, um das zu bewerten.

Vorsitzender Peter Trapp: Jetzt hat sich noch mal Herr Wolf gemeldet.

Udo Wolf (LINKE): Bei aller Liebe und aller differenzierten Betrachtung und der Aussage, dass man alle Fakten sorgfältig prüfen muss: Worum es jetzt hier auch geht, Herr Zimmermann, Herr Juhnke, Herr Henkel, das ist, dass Herr Henkel bei der letzten größeren Aufregung, die wir hier hatten, gerade die Vertrauensfrage gegenüber seiner eigenen Behörde gestellt hat – ich kann mich noch sehr gut an den Wortlaut erinnern, darüber gibt es auch ein Wortprotokoll – und dass im Zuge dieser Aufwallung weitreichende Versprechungen gemacht wurden, dass sehr intensiv geguckt wird, was da noch alles ist, und dass in der Behörde selbst alles getan wird, um aufzuklären und zu liefern usw.

Was passiert ist – das ist richtig, soweit wir das überblicken können –, ist, dass uns jetzt alle Akten zur Einsicht vorgelegt werden, was aber ein unglaublicher Umfang ist. Uns wurde glaubhaft versichert, dass im LKA jetzt ein Verfahren zum Sichten und Überprüfen der bisherigen Akten geprüft wurde. Und was erleben wir jetzt? – Dass – und da müssen Sie jetzt nicht erzählen, man müsse die Vertraulichkeit noch mal prüfen oder sonst was – ein über einstündiges YouTube-Video veröffentlicht wird. Das finden andere Menschen in anderen Bundesländern. Es gibt keinen Hinweis aus dem LKA oder aus der Behörde an den Ausschuss, dass es hier was Neues gibt. Stattdessen wird jetzt eingeräumt, dass da letztes Jahr so was gewesen ist wie ein Besuch, über den übrigens Herr Greger in diesem Video ausführlich spricht. Gucken Sie sich dieses ekelhafte Machwerk mal an! Wir machen im Moment offensichtlich gerade sozusagen die Ermittlungsbeihilfe für das LKA, wenn wir das liefern, uns das angucken, und Sie sagen uns hier so dürre Worte dazu.

Der spannende Punkt ist: Warum hat die eigene Ermittlungsgruppe innerhalb der Behörde uns diese Person nicht als V-Person, die im Umfeld des NSU-Komplexes tätig gewesen ist, geliefert? Warum nicht? Warum ist dazu vonseiten der Behörde nichts passiert? Warum muss erst der Nazi selbst irgendwas erzählen, öffentlich machen, bevor wir hier weitere Informationen kriegen? Die spannende Frage ist, warum, nachdem Sie gesagt haben, Sie haben einen Sonderermittler bestellt, der alles aufklären soll, die Verwicklungen Berlins in den NSU-Komplex, nachdem Sie gesagt haben, es gibt eine eigene Ermittlungsgruppe innerhalb des LKA, es wird alles aufgeklärt, es wird alles an den Untersuchungsausschuss des Bundestags geliefert etc., dann im zweiten, ja fast im dritten Jahr der Aufarbeitung des NSU-Komplexes so was passiert, eine solche Information? Wir haben noch mal im Deutschen Bundestag nachgefragt, bei den Leuten von uns, die in der letzten Legislaturperiode im Untersuchungsausschuss gesessen haben: Denen ist keine Akte zu dieser Person zugeliefert worden. Wenn das zutreffen sollte, dass er im spannenden Zeitraum zusammen mit Szczepanski VP gewesen ist und es nicht geliefert worden ist mit dem Verweis, der stehe auf keiner Liste, dann zeigt das ganz viel über die Aufklärungskompetenz und -bereitschaft der Behörde, um es mal ganz deutlich zu sagen. Deswegen haben wir extremen Aufklärungsbedarf, und es ist ganz bestimmt nicht das letzte Mal, dass wir über diese V-Person hier geredet haben.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Wolf! – Herr Lauer, bitte!

Christopher Lauer (PIRATEN): Vielen lieben Dank, Herr Vorsitzender! – Diese Sitzung war ja jetzt reich an Gehirnschlägen, aber der letzte war ganz gut. Wem wollen Sie das eigentlich noch erzählen, ernsthaft? Sie haben am Freitag die Fragen von Grünen und Linken bekommen. Das ist anscheinend – das konnte man Ihren Äußerungen, Herr Henkel, in der Ver-

gangenheit entnehmen – ein wichtiges Thema für Sie, hat auch zu Beziehungskrisen zwischen Ihnen und Ihrer Behörde geführt, denn das Vertrauen war auf einmal futsch. Das kann ja mal passieren. Dann sagen Sie uns heute: Man muss da noch mal ein bisschen beim Geheimschutz gucken. – Also, Sie sind nicht in der Lage, hier heute eine Aussage zu treffen: Der Nazi erzählt im YouTube-Video Quatsch. – oder zu sagen: Wir können Ihnen sehr gern noch ausreichend darüber berichten, aber es ist leider so peinlich, dass wir in den Geheimschutzraum gehen müssen. – Zu der Aussage sind Sie heute nicht fähig. Sorry, aber das versteht niemand mehr. Aber wir können demnächst – die Grünen haben es ja jetzt beantragt, die SPD-Fraktion hat es gerade auf Ihrer Klausur beschlossen mit: „Lernen aus dem NSU-Skandal“ und „umfangreich darauf reagieren“ usw. – noch ein paar warme Beschlüsse machen. Darüber freut sich die Öffentlichkeit oder auch nicht, aber das kann man alles nicht mehr ernst nehmen. Wieso sind Sie nicht in der Lage, einfach zu sagen: Nein, ist nicht passiert. – beziehungsweise: Ja, ist passiert, wir können Ihnen mehr Infos im Geheimschutzraum geben? – Ich verstehe es nicht. Sie erzählen es uns jedes Mal. Sie reden mit uns hier zweieinhalb Stunden darüber, dass Pyrotechnik heiß sein kann. Wer hätte es gedacht? Und jetzt hier: Ich möchte Sie vollumfänglich informieren. – Vielleicht bringen Sie einfach so einen Duden „Henkel – Deutsch, Deutsch – Henkel“ raus. „Vollumfänglich“ bedeutet: Wir müssen mal gucken, und vielleicht gehen wir irgendwann mal in den Geheimschutzraum. – Es ist eine Frechheit. Wer soll Ihnen und Ihrer Behörde denn noch glauben?

Vorsitzender Peter Trapp: Frau Herrmann!

Clara Herrmann (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Man muss auch noch mal eins sagen, Herr Zimmermann: Dass wir jetzt diejenigen sind – – Ich habe wirklich viele Stunden in dem Raum in der Innenverwaltung verbracht und die Akten gelesen. Sie sagen, wir müssen diese Aufklärung leisten. Da habe ich erwartet, dass für die Innenverwaltung und eine Behörde solche Zusammenhänge wie: Eine mögliche VP baut zusammen mit Carsten Szczepanski eine Rohrbombe und plant einen Anschlag – Relevanz haben. Ich hätte erwartet, dass eine Innenverwaltung selber darauf kommt und das nicht aus Thüringen oder aus unserem Haus auf die Agenda gehoben werden muss.

Ich muss Ihnen auch sagen: Wenn z. B. solche Gefährdungsgespräche im Nachhinein stattgefunden haben – darüber finde ich in den Akten nichts. Das gehört dann auch dazu. Unter vollständiger Transparenz und Aufklärung der ganzen NSU-Bezüge habe ich mir etwas anderes vorgestellt. Da ist das eine erneute Bombe, die hier geplatzt ist. Deshalb habe ich jetzt eine ganz einfache Frage: Handelt es sich um VP 598?

Vorsitzender Peter Trapp: Zu dem Thema – bitte, Herr Kandt!

Polizeipräsident Klaus Kandt: Die Frage war: Was gibt es Neues? – Die Akten zu unseren VPs haben Sie ja seit Sommer zur Einsicht da. Da ist unser Wissen dokumentiert. Wir diskutieren hier jetzt darüber, was öffentlich diskutiert werden muss. – Herr Lauer! Da muss ich Ihnen widersprechen. Ich empfinde es nicht als peinlich, wenn hier Dinge im Geheimschutzraum diskutiert werden und eben nicht alles öffentlich diskutiert werden kann. Da gibt es auch rechtliche Bindungen, da ist auch der Senator gebunden. Der Vertrauensschutz ist eben im Moment noch nicht aufgehoben. Wir denken, dass das im Laufe der Woche geschehen kann und dann auch öffentlich über diese Dinge debattiert werden kann. So lange sind wir hier eingeschränkt in dem, was wir öffentlich sagen können.

Wenn Frau Herrmann sagt, ich sage ja zum Besuch bei Greger, dann sage ich: Nein, ich sage zu überhaupt nichts ja, weil ich das im Moment auch gar nicht kann. Das ist eine Schlussfolgerung von Ihnen. Ich habe mir das Video am Wochenende auch angeschaut. Da kann man seine eigenen Schlussfolgerungen ziehen, auch zu der Glaubwürdigkeit des Herrn Greger, wie er sich darstellt. Es ist so, dass er alles behaupten kann, und manches, was man behauptet – – Zum Beispiel, wenn ein Gespräch stattgefunden haben kann, dann gibt es von solchen Gesprächen sicherlich keine Livemitschnitte, dann können Sie noch nicht mal dementieren. Es ist die Frage, wie Sie hier eine Glaubwürdigkeit aufbauen, was nun wirklich geschehen sein soll. –Das will ich nur mal abstrakt sagen.

Zu dem Thema Gespräche mit oder möglicherweise Nachbetreuung von Vertrauenspersonen oder wie auch immer würde Herr Stepien noch etwas sagen.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Stepien!

Oliver Stepien (Polizeilicher Staatsschutz): Vielleicht grundsätzlich noch mal der Hinweis darauf, dass der Herr Präsident gesagt hat, dass im Laufe dieser Woche erforderliche rechtliche Prüfungen abgeschlossen sind. Um bestimmte Dinge – ohne dass ich jetzt Dinge bestätige oder dementiere – in einem konkreten Sachzusammenhang besprechen zu können, macht es nur Sinn, alle Aspekte in diesem Zusammenhang zu nennen. Denkbare Anlässe für ein Sensibilisierungsgespräch können die VP-Tätigkeit, könnten Gefährdungen aus früheren Aussagen sein etc. Die in diesem Zusammenhang hier möglichen öffentlichen Aussagen sind abhängig vom Ergebnis der im Laufe dieser Woche abzuschließenden rechtlichen Prüfung. Es geht nicht um mehr und nicht um weniger, als dass diese Prüfung abgeschlossen wird und dann vollumfänglich zu möglichen Hintergründen von möglichen Aktivitäten von Berliner Polizeibeamten auch etwas gesagt werden kann.

Vorsitzender Peter Trapp: Dann, bitte, Herr Lauer!

Christopher Lauer (PIRATEN): Herr Kandt! Dann ist vielleicht auf dem Weg bis dahinten was verlorengegangen. Ich habe nicht gesagt, dass es peinlich ist, dass Sie irgendwelchen Nazis, die auf YouTube lustige Dinge über Treffen mit dem Berliner LKA berichten, weiterhin Ihre Verschwiegenheit zusichern. Ich habe gesagt, es ist peinlich, dass Sie uns von Freitag auf Montag nicht sagen können, was da Phase ist. Sie sagen: Wie soll man denn da Vertrauen schaffen? – beziehungsweise: Wir haben da so eine Aussage-gegen-Aussage-Situation. – Das ist doch genau das Problem, das Sie hier ansprechen, dass selbst in dem Moment, in dem Sie jetzt ein Verlaufsprotokoll dieses Gesprächs hätten, man Ihrer Behörde mittlerweile nicht mehr glaubt, was die Leute vom LKA gesagt haben, dass wir erst in diese bescheuerte Situation gekommen sind, weil Sie hier nicht sagen können: Moment mal, wir protokollieren das ja alles minutiös; die V-Mann-Führer schreiben das alles auf, worum es ging. Wir können Ihnen nachweisen, dass das nie thematisiert wurde, dass der Nazi da in diesem Scheiß-Video lügt – Entschuldigung, unparlamentarisches Wort! – Wir können Ihnen das alles nachweisen. – Und wir als gutgläubige Innenpolitiker sagen: Wir haben so ein tolles Vertrauen in die Innenbehörde, weil sie uns in der Vergangenheit immer vollumfänglich über alles informiert hat, dass das bei diesem V-Personen-Gespräch auch so gelaufen sein wird wie beschrieben. – Der Punkt ist: Das Vertrauen ist nicht da, und es geht auch nicht darum, was genau da peinlich ist, sondern Sie können heute keine Aussage dazu treffen. Ich verstehe nicht: In dem Moment, in

dem Sie im vergangenen Sommer von hier bis Bishkek bei dieser anderen V-Person, die der „Welt“ Interviews über ihre Tätigkeit gegeben hat, rechtlich geprüft haben, ob man deren Geheimschutz jetzt aufheben könnte oder nicht – da erklären Sie mir bitte mal, wie es sein kann, dass Sie jetzt bei dieser V-Person noch mal eine Woche brauchen! Unterscheiden sich die beiden Fälle so eklatant voneinander, oder ist das jedes Mal eine so intensive Einzelprüfung?

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Zimmermann, Sie haben das Wort!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank! – Wenn am Freitag eine Anfrage rausgeschickt wurde und am Montag noch nicht die volle Prüfung eines nicht ganz einfachen Sachverhalts vorliegt, dann kann man nicht von einem schuldhaften Verzögern sprechen. Warum nehmen wir denn dieses Angebot nicht ernst – das ist dann auch unser Anliegen –, dass wir, wenn diese Prüfung abgeschlossen und eine Entscheidung über die Frage der Vertraulichkeit getroffen worden ist, umgehend einen Bericht bekommen und dann auch die Inhalte vorgetragen bekommen, schriftlich oder mündlich? Dass jetzt der Senat hier nicht im Detail berichten kann, liegt nicht daran, dass er irgendjemandem gegenüber irgendwelche dubiosen Versprechungen gemacht hat, sondern dass es förmliche Vorschriften gibt, Vertraulichkeit einzuhalten oder nicht. Daran ist doch der Senat gebunden. Wir wollen auch sonst, dass sich die Verwaltung immer an Recht und Gesetz hält.

Jetzt wollen wir das aber inhaltlich, materiell wissen. – [Canan Bayram (GRÜNE): So weit waren wir doch schon!] – Geben Sie doch bitte die Woche Zeit! Wann war das YouTube-Video? Wie alt ist das? – [Zuruf: Anfang Dezember!] – Anfang Dezember, na ja! Aber geben Sie mal eine Woche Zeit, und dann kriegen wir eine Information. Das ist jetzt kein Grund zum Skandalisieren. – [Zurufe]

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Wolf hat jetzt das Wort!

Udo Wolf (LINKE): Herr Zimmermann! Auf Ihre Nachfrage: Seit wann gibt es das YouTube-Video? – Am 4. Dezember ist es hochgeladen worden. Das wirft einfach die Frage auf: Ab welchem Zeitpunkt wird mit Herrn Greger, wenn man denn seitens des LKA Berlin Kontakt zu ihm hat, darüber verhandelt, gerade nach der ganzen Debatte um die V-Person Herr S., formerly known as Starke? Nach dieser ganzen Auseinandersetzung ist die Frage, wann man den Vertrauensschutz jetzt endlich beenden kann, nachdem die Person schon selbst öffentlich ganz viel zu ihren Straftaten und Tätigkeiten usw. erzählt hat. Warum dauert es dann möglicherweise bis nächste Woche, das geklärt zu haben?

Ich möchte wissen: Gibt es diese behördeninterne Ermittlungsgruppe noch, die nach wie vor versucht, NSU-Sachverhalte aufzuklären? Oder ist mit der Übermittlung der Akten in den Geheimschutzraum der gesamte Vorgang NSU-Aufklärung von der Exekutive an die Legislative übergeben worden und das ist jetzt die ganze Zeit unser Job, also die Behörde ist jetzt raus aus dem ganzen Ding? Habe ich das richtig verstanden? Oder gibt es diese Ermittlungsgruppe noch, und wenn ja, warum ist sie in diesem Punkt nicht selbst aktiv geworden?

Frau Herrmann hat Ihnen eine konkrete Frage gestellt. Sie hat in den Akten eine VP mit einer Nummer gefunden und fragt, ob es sich dabei um Nick Greger handelt, der sich öffentlich erklärt hat. Wenn es zutreffen sollte, dass diese VP mit der Nummer, die Frau Herrmann genannt hat, Nick Greger ist und Sie von sich aus nicht geliefert haben, ist das ein klarer Bruch

der Verabredung, die der Innensenator nach dem letzten Skandal bzw. dem letzten Akt des Skandals hier mit dem Ausschuss getroffen hat.

Vorsitzender Peter Trapp: Herr Dr. Juhnke!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Nun haben wir wieder die „Skandal!“-Schreierei. – Ich will noch mal unterstreichen, dass ein Unterschied ist zwischen Nichtkönnen und Nichtdürfen. Das ist etwas, was auch bei den Piraten noch nicht angekommen ist. Selbst wenn dieser Mensch, wie gesagt, in der Öffentlichkeit sonst was erzählt oder sich von irgendwelchen Nachrichtenmagazinen filmen lässt oder selber filmt und das in YouTube reinstellt, ist das für die Behörde, die eine andere Verpflichtung und eine andere Bindung hat, einfach kein Argument zu sagen: Wir heben das sofort auf. – Das muss man dann in einem vernünftigen rechtlichen Prozess klären und auch abwarten. Diese Geduld bitte ich zu haben. Und dann erwarte ich auch, dass wir eine Aufklärung in der Richtung bekommen, und ich gehe auch davon aus. Der Senator hat das zugesagt, und dann wird das auch so passieren.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Frau Herrmann!

Clara Herrmann (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Ja, der Senator hat vollständige Transparenz versprochen und Ähnliches, und wir sitzen heute hier wieder. – [Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Sie haben alle Akten! – Canan Bayram (GRÜNE): Das stimmt doch nicht!] – Ja, wir haben die Akten, aber beispielsweise sind, wenn diese Gespräche stattgefunden haben, diese Gespräche nicht Bestandteil der Akten.

Ich muss Ihnen auch sagen: Es hat ja diese Auswertegruppe gegeben. Wenn diese Auswertegruppe nur Namenstreffer überprüft und sich gar nicht den Kontext anguckt und überhaupt keine Zusammenhänge feststellen konnte, stellt sich die Frage, ob das dann das geeignetste Verfahren in Sachen Aufklärung NSU war. Nur Namen zu überprüfen, ist jetzt nicht wirklich eine Kontextüberprüfung, wie wir an diesem Fall feststellen. Da muss man fragen, ob Sie da noch weitergedacht haben, Herr Innensenator, oder ob für Sie mit dem Abschlussbericht der Auswertegruppe die Auswertung der Akten abgeschlossen war. Diese Auswertegruppe hat ja genau diesen Zusammenhang, der sich jetzt hier scheinbar darlegt, nicht festgestellt und offengelegt.

Ein weiterer Punkt ist: Man hat Vertraulichkeitszusagen gegenüber Vertrauenspersonen, aber Nick Greger quatscht doch. Jetzt sagen Sie mir, Herr Kandt, ich soll dem nicht alles glauben, was er irgendwo erzählt. Dafür brauche ich aber jemanden, der mir auf der anderen Seite sagt, wie es aus seiner Sicht gelaufen ist. Deshalb frage ich Sie doch hier, ob diese Gespräche stattgefunden haben, und ich würde gerne wissen, wie viele das waren. Er spricht von Kontaktaufnahme im Oktober, und da hatte ich Sie, zumindest in Ihrem ersten Statement, Herr Kandt, so verstanden: Es hat zwei LKA-Beamte gegeben, die nach Thüringen gefahren sind. Also habe ich verstanden, es hat Gespräche gegeben. Dann muss es Ihnen doch möglich sein, von Freitag bis heute rauszufinden, was in diesen Gesprächen stattgefunden hat, ehrlich gesagt, eigentlich schon seit Dezember, weil dieses Video im Dezember hochgeladen worden ist und Sie eigentlich mitkriegen müssten, wenn eine Ihrer ehemaligen Vertrauenspersonen quatscht. Ich erwarte von einem Innensenator, wenn ein ehemaliger V-Mann sagt: Ich bin besucht worden von meinen LKA-Beamten, die mir gesagt haben, ich soll keine Aussagen machen in Richtung NSU vor Untersuchungsausschüssen –, dass er sich dazu Informationen einholt, was

seine LKA-Beamten machen. Dann erwarte ich, dass Sie mir hier heute eine Antwort darauf geben können. Das, finde ich, ist ein extrem starkes Stück, wenn LKA-Beamte durch die Bundesrepublik Deutschland zu ihren ehemaligen oder derzeitigen Vertrauenspersonen im rechten Milieu reisen und sagen: Sagt bloß nix in Bezug zum NSU, wenn ihr von Untersuchungsausschüssen oder der Justiz gefragt werdet! – Das hat nichts mit Aufklärung zu tun. Wenn das nicht so war und der Herr Greger in diesem Punkt nicht die Wahrheit sagt, dann soll das der Innensenator hier heute sagen. Das hat er bisher nicht getan. Das erwarte ich.

Vorsitzender Peter Trapp: Das ist jetzt Ihre Meinung. – Jetzt kommt, bitte, Herr Höfinghoff.

Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Wir haben gerade offensichtlich wieder die Situation, dass der Innensenator – um ihn grob zu zitieren, zumindest inhaltlich – sich nicht hätte vorstellen können, dass bewaffnete Nazis durch Deutschland ziehen und Menschen umbringen. Und wir haben einen Herrn Juhnke, der von uns das Vertrauen einfordert, dass in einer Ermittlungsbehörde in Berlin keine Akten geschreddert würden – was wir alles hatten, was alles nicht so richtig das Vertrauen wert war. – [Zuruf von Robbin Juhnke (CDU)] – Brüllen Sie mal nicht dazwischen! Sie können sich später noch selber melden. – Und wir haben gerade wieder die Situation, dass von jedem verdammten V-Personen-Gespräch aufgezeichnet wird, was für eine Marke Cola die V-Person trinkt und wie viel von den vom LKA bezahlten Pommes derjenige aufgegessen hat, aber offensichtlich mal wieder nicht der Gesprächsinhalt, sonst hätten Sie ja schon nachgucken können. Die VP-Akten sind auch so durch das LKA relativ einfach innerhalb der Behörde einsehbar. Dann Frau Herrmann vorzuwerfen: Die Akten sind doch da, die liegen schon seit Sommer hier – Entschuldigung! Wie sollen wir denn, bitte schön, bei anonymisierten VP-Akten Personenbezüge herstellen, ob der eine den anderen kennt, wenn wir bei beiden nicht wissen, welche Person mit Klarnamen dahintersteht? Das ist eine Filibustertaktik, die wir heute auch schon von der ganzen Sitzung her kennen. – Beenden Sie jetzt endlich dieses Theater! Ich will die Aussagen haben.

Vorsitzender Peter Trapp: Dann hat jetzt der Senator das Wort! Die Frage ist aufgeworfen.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Ehrlich gesagt, die Sache ist hier immer die gleiche. Herr Wolf! – [Udo Wolf (LINKE): Das ist eine neue Sache!] – Nein, es ist immer die gleiche. Sie wollen einfach nicht verstehen – Herrn Wolf und Herrn Höfinghoff kann ich es nicht übel nehmen, aber Herr Lux sollte es besser wissen –, Sie wollen eigentlich nicht verstehen dass das Thema Vertrauensschutz eins ist, das eine hohe juristische Hürde darstellt. Sie wollen es nicht verstehen, und die Situation eignet sich ja auch ganz hervorragend für Spekulationen jeglicher Art, sie eignet sich für sonstige düstere Gedankengänge, und dann sind die Dinge so, wie sie sind. Hier wird etwas behauptet von allen Seiten, hier werden Erwartungen formuliert. Himmel, hilf! – Liebe Frau Herrmann! Wer sagt Ihnen denn, dass die Dinge nicht so sind, wie Sie sie z. T. darstellen und unterstellen? Aber – das haben wir beim letzten Mal schon gesagt, bei Thomas S. – es ist ein Unterschied, ob jemand Interviews gibt quer all over the world, im „Spiegel“, im „Stern“, im ZDF, in der ARD, wo auch immer, oder ob ich das tue. Das ist ein Unterschied. Damit es Sie beruhigt: Ich habe mir dieses, wie Sie sagen, widerliche Video – da sind wir uns einig, da endet die Einigkeit allerdings schon – angeschaut und mir so meine eigenen Gedanken gemacht. – [Zuruf: Wann denn? Am Freitag? – Benedikt Lux (GRÜNE): Am 5. Dezember! – Lachen bei den PIRATEN und den GRÜNEN – Zuruf von Kurt Wansner (CDU)] – Ja, Herr Lux, das ist der Stil, wie Sie untergehen. Ein Spektakel zu

machen bei einer schlimmen Mordserie, das ist doch wirklich – –, das ist doch aberwitzig, was Sie hier machen! – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Vorsitzender Peter Trapp: Jetzt hat der Senator das Wort! – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Sie sollten sich wirklich mal – – – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Sie sind ein charakterloser Oppositionspolitiker, dass Sie auf dem Rücken dieser armen Menschen Politik machen! – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Widerlich ist das, ganz, ganz widerlich und erbärmlich. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Vorsitzender Peter Trapp: Melden Sie sich zu Wort!

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Widerlich und erbärmlich ist das, widerlich und erbärmlich, das muss man wirklich sagen. – [Zurufe] –

Vorsitzender Peter Trapp: „Das klären wir draußen“, sind wohl Begriffe, die hier nicht hingehören. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] –

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Im Grunde ist es so, dass wir im Augenblick nicht selber handeln können. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Wir brauchen die Mitarbeit anderer Behörden. Daran arbeiten wir, und dann sind wir auch aussagekräftig.

Udo Wolf (LINKE): Herr Vorsitzender! Ich erwarte von Ihnen als Vorsitzender dieses Ausschusses, dass Sie diese Äußerungen des Innensensors auf das Schärfste zurückweisen. Hier zu behaupten, dass wir Fragen stellen, um auf dem Rücken der Opfer der NSU-Mordserie Politik zu machen, ist eine so unglaubliche Frechheit. – [Hakan Taş (LINKE): Unverschämtheit! – Zuruf von Kurt Wansner (CDU) – Hakan Taş (LINKE): Sie bleiben mal ganz ruhig, dahinten! Sie haben nicht das Wort! – Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Ich möchte ein Wortprotokoll über diesen Tagesordnungspunkt beantragen.

Vorsitzender Peter Trapp: Machen Sie! – Wenn ich aber dem Senator anbiete: Wir klären das draußen! – ist das auch nicht gerade angenehm. – [Udo Wolf (LINKE): Das habe ich nicht getan!] – Das habe ich auch nicht zu Ihnen gesagt. – Herr Kandt, bitte!

Polizeipräsident Klaus Kandt: Ich würde gern mit der Beantwortung der Fragen fortfahren. Ich will noch mal klarstellen: Wir reden hier nicht von einem Aufklärungsdefizit in der Berliner Polizei. Wir kennen die Ereignisse, die für uns relevant sind. Wir reden die ganze Zeit immer nur – das wird hier leider durch die Fragen nicht deutlich – von dem, was wir öffentlich diskutieren können. Wir können genauso gut in den Geheimschutzraum gehen, um das einfach mal klar zu sagen. – [Canan Bayram (GRÜNE): Dann machen wir's doch! – Zuruf von Clara Herrmann (GRÜNE)] – Hier geht es nur um die Öffentlichkeit und sonst gar nichts. Das scheint mir hier immer wieder unterzugehen. – Zum Thema Video wollte, glaube ich, Herr Stepien noch etwas sagen.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Stepien!

Oliver Stepien (Polizeilicher Staatsschutz): Vielleicht nur zu der Frage, die von Herrn Wolf unter anderem angesprochen wurde, warum wir, wenn es das Video seit längerer Zeit gibt und das am Freitag bekanntgeworden ist, jetzt noch ggf. für den hypothetischen Fall prüfen – ich habe gesagt, ich kann das hier weder bestätigen noch dementieren –, dass es sich bei der in Rede stehenden Person um eine Quelle handelt. Das könnte – als hypothetisches Konstrukt – unter anderem darin begründet sein, dass mit der Schlussfolgerung der Landtagsfraktion der Linken in Thüringen ein Erfolg eingetreten ist, weil dort nämlich drinsteht: Dies alles lässt nur den Schluss zu, dass es sich um eine Quelle handelt. – Das könnte z. B. theoretisch etwas ändern, weil es ein Unterschied ist, ob irgendjemand im Internet irgendwo etwas erzählt. Nach meinem Kenntnisstand sagt die betreffende Person in dem Video nichts davon, dass sie eine Quelle sei, von wem auch immer. Wenn nun aber über mehrere Ecken und im weiteren Zeitablauf diese Äußerungen im Ergebnis dazu führen und derjenige eine Quelle sein sollte, dann ist das ein Unterschied. Dieser mögliche Erfolg – wie gesagt, ich rede aus rechtlichen Gründen jetzt rein hypothetisch – ist dann am Freitag eingetreten. Insofern ist das dann eine veränderte Grundlage unserer Prüfung.

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Die Emotionen sind hoch. – Der Kollege Höfinghoff hat sich beschwert, Sie, Herr Wansner, hätten ihn als Witzfigur bezeichnet. Wenn das der Fall ist, rüge ich das ausdrücklich. – Dann gab es noch eine Wortmeldung von Herrn Wolf.

Udo Wolf (LINKE): Zu dem Vorgang, der sich hier gerade abgespielt hat, wird es noch einen Brief an den Präsidenten geben. Wenn der Ausschussvorsitzende nicht imstande ist, so einen Vorgang vernünftig zu bearbeiten und zu rügen, hat es ein anderes Nachspiel. – Das dazu.

Aber jetzt noch mal zu den Ausführungen! Was mich interessiert hat, und das war meine Frage: Wenn das LKA Kontakt aufnimmt zu Greger, der nach Verbüßung von Haftstrafen eine ganze Zeit lang in Afrika gewesen ist, zurückkehrt und jetzt in einem anderen Umfeld, aber nach eigener Aussage durchaus noch im rechtsextremen Bereich tätig ist und Kontakt zum LKA existiert, warum hat dann das LKA nicht schon angefangen zu prüfen, ob die Frage des Vertrauensschutzes nicht schon längst überfällig ist, und zwar unabhängig davon, ob irgendeine andere Landtagsfraktion irgendwelche neuen Erkenntnisse hat? Wenn das LKA sich mit dieser Figur trifft – nach den ganzen Vorgängen und Debatten um Thomas S.; der Innensenator hat bis heute nicht verstanden, was da das Problem war –, warum spricht das LKA zu diesem Zeitpunkt mit diesem Mann nicht über das Ende des Vertrauensschutzes bzw. prüft, wenn sie Kontakt zu dem aufnehmen, in diesem Kontext nicht von sich aus da schon die Beendigung des Vertrauensschutzes? Warum muss man warten, bis so eine komische Videogeschichte passiert? Das war meine Frage.

Vorsitzender Peter Trapp: Können Sie die beantworten?

Oliver Stepien (Polizeilicher Staatsschutz): Nicht viel anders als bisher. Für uns ist im Rahmen eines solchen Prüfprozesses nun mal ein wesentliches Konstrukt – – Das schließt nicht aus, dass vorher sehr wohl Prüfungen erfolgt sind, möglicherweise mit dem Ergebnis, dass es nicht ausreicht, den Vertrauensschutz aufzuheben. Das habe ich ja nicht ausgeschlossen.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Frau Herrmann!

Clara Herrmann (GRÜNE): Es ist ein bisschen wirr, und auf der anderen Seite glaube ich, dass Sie sich auch nicht richtig trauen, hier „Butter bei die Fische“ zu machen. Ich habe jetzt verstanden, Sie haben das mit der Vertraulichkeit noch nicht hinbekommen, und Sie können jetzt hier nicht hopp oder topp sagen. Aber die Dinge, die Herr Greger in diesem Interview sagt, sind doch von einer besonderen Brisanz. Ich versuche es jetzt einfach noch mal: Ich würde gern von Ihnen wissen, ob das stimmt oder nicht, was er sagt. Da geht es gar nicht darum, ob er VP war oder ist oder nicht, sondern darum, ob Berliner LKA-Beamte da hingehen und ihm sagen: Halt deine Klappe in Sachen NSU!

Und da, glaube ich, brauchen Sie nicht von Dezember bis jetzt, um irgendwelche rechtlichen Prüfungen vorzunehmen. Da fragt man nach. Und dann kann man ja oder nein sagen. Diese Aussage hätte ich, ehrlich gesagt, heute erwartet. Ich finde es sehr traurig, wie hier mit der Aufklärung und der Brisanz der größten rechtsextremen Mordserie, die wir in der Bundesrepublik Deutschland hatten, umgegangen wird. Ich finde es auch traurig, dass das immer wieder über dritte Ecken ans Licht kommt und nicht der Innensenator oder das LKA selbst diese Information bereithalten. Ich würde sagen, Herr Kandt, wenn Sie in der Lage sind, in geheimer Sitzung mehr dazu zu sagen, dann gehe ich mit Ihnen in den Geheimschutzraum, und dann sagen Sie mir mehr.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Wansner!

Kurt Wansner (CDU): Frau Herrmann! Ihr Problem ist, dass Sie so tun, als ob nur Sie oder einige Ihrer Gesinnungsgenossen erschüttert sind über das, was in dieser Mordserie passiert ist. Ich glaube, alle demokratischen Kräfte, alle Parteien in Deutschland, alle Menschen in Deutschland, die ein bisschen denken können, sind erschüttert über das, was da gelaufen ist. Tun Sie nicht so, als ob Sie hier ein Alleinmerkmal haben, nur weil Sie besonders aufgeregt hier reden. – [Zurufe von den Grünen] – Im Gegenteil, Sie beleidigen die Menschen, die darüber genauso erschüttert sind und möglicherweise anders leiden oder anders denken und anders schreien als Sie.

Und noch ein Zweites: Hier sitzen vor uns zwei Beamte, die an Gesetze und an Vorschriften gebunden sind, und ich würde ihnen raten, genau sich daran zu halten, denn dieser Staat gewinnt daran, dass wir Menschen haben, die sich an Gesetze der Bundesrepublik Deutschland halten und möglicherweise auch an Vorschriften halten und Gespräche erst dann weitergeben, wenn sie davon erstens überzeugt sind und zweitens auch befreit sind von dem, was sie hier nicht sagen dürfen. Deshalb ist es ungeheuerlich, wie einige hier daraus eine Show machen und so tun, als ob sie das Gewissen vor sich hertragen. Solche Leute, gebe ich zu, mochte ich noch nie so richtig. – Sie sollten hinten in der Ecke am besten schweigen.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Lauer, Sie haben das Wort!

Christopher Lauer (PIRATEN): Ich versuche es mal anders herum: Jetzt stellen wir uns mal ganz dumm. Herr Kandt! Sie als Polizeipräsident müssen ja im Zweifelsfall auch innerhalb Ihrer Behörde Disziplinarmaßnahmen gegen Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchführen. Ich gehe mal davon aus, dass, wenn ein V-Personen-Führer – jetzt im Konjunktiv, Geheimschutz, ist richtig – zu einer V-Person gehen würde und der sagen würde, sag bitte nicht in Untersuchungsausschüssen aus, dann hätte das doch mit Sicherheit irgendwelche Konsequenzen. Wenn Sie also von so etwas Kenntnis erlangen würden, dass sich so etwas zugetragen hat, was passiert dann disziplinarrechtlich innerhalb Ihrer Behörde, und ließe sich – wir sind ja noch im Konjunktiv – das auf den aktuellen Fall übertragen? Das heißt: Prüfen Sie, ob Sie da im Zweifelsfall disziplinarrechtlich tätig werden müssen? Denn wenn wir jetzt schon so über eine gewisse Dokumentation die ganzen Informationen nicht bekommen – vielleicht hilft uns an dieser Stelle das Disziplinarrecht.

Vorsitzender Peter Trapp: Können Sie denn zu dieser Konjunktivfrage Stellung nehmen?

Polizeipräsident Klaus Kandt: Ich sage es jetzt noch mal: Wir könnten im Geheimschutzraum über alles offen reden und fertig. Ich weiß nicht, warum ich jetzt hier solche Klimmzüge machen muss.

Vorsitzender Peter Trapp: Wir haben jetzt 13.05 Uhr. Ich glaube, dass der eine oder andere den nächsten Ausschuss hat. Wir könnten uns gern Freitag um 8 Uhr morgens treffen und im Geheimschutzraum eine Sondersitzung abhalten. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Am Donnerstag!] – Wieso Donnerstag? – [Benedikt Lux (GRÜNE): Dann sind wir sowieso alle hier!] – Wir können aber auch Freitag, Freitag bin ich auch hier. – [Zurufe] –

Benedikt Lux (GRÜNE): Wir können am Freitag fortsetzen, aber wir können auch jetzt schon in den Geheimschutzraum gehen.

Vorsitzender Peter Trapp: Nein, jetzt geht es nicht, weil wir jetzt Anschlusstermine haben.

Benedikt Lux (GRÜNE): Sie haben doch einen Vertreter. Wir beschließen doch nichts. Wir können doch zur Aussprache, die der Polizeipräsident dankenswerterweise angeboten hat. Ich fände es gut, wenn die Mehrheit des Ausschusses davon Gebrauch machen würde. Es geht doch um keinen Beschluss. Es sind keine Beschlüsse oder sonst was gefährdet, sondern es geht um die unmittelbare Unterrichtung der Abgeordneten, und ich finde, das geht dann vor. Sie, Herr Vorsitzender, können sich vertreten lassen durch Ihren Stellvertreter. Und ob wir dann am Freitag um 8 Uhr fortsetzen, können wir gern danach noch besprechen.

Vorsitzender Peter Trapp: Ich kann gern mitkommen, das ist kein Problem. Wir haben hier Leute, die im Wirtschaftsausschuss sitzen, und die müssen zum Wirtschaftsausschuss, und denen möchte ich das nicht vorenthalten. – [Canan Bayram (GRÜNE): Die müssen ja nicht mit in den Geheimschutzraum gehen! – Joschka Langenbrinck (SPD): Ich möchte das aber auch gern sehen!] – So ist es. Wir haben Ausschussmitglieder, die anschließend Ausschusssitzung haben, und die könnten uns nicht in den Geheimschutzraum begleiten. Insofern möchte ich davon Abstand nehmen. – Herr Lauer!

Christopher Lauer (PIRATEN): Vorschlag zur Güte: Herr Kandt, danke noch mal für den Hinweis! – Es war ja auch in der Vergangenheit möglich, im Rahmen von solchen Ereignissen die Sprecherinnen und Sprecher für Innenpolitisches und Verfassungsschutz und so weiter und so fort zum Beispiel auch in den Räumen des Berliner Innensenats darüber zu informieren. Wäre es also möglich, dass wir jetzt im Anschluss an diese Sitzung einfach mit den innenpolitischen Sprechern und den verfassungsschutzpolitischen Sprechern – bzw. Frau Herrmann ist, glaube ich, noch etwas anderes, Entschuldigung, ich habe jetzt nicht den Namen, gegen Rechtsradikalismus und so; man kann es halt nicht rechtspolitischer Sprecher nennen –, können wir das so machen, wäre das möglich, dass wir jetzt in den – – Also, keine Sitzung, aber die Sprecher und die Leute, die Bescheid wissen, gehen mit Ihnen in den Geheimschutzraum?

Vorsitzender Peter Trapp: Herr Senator Henkel kann leider nicht mitkommen, weil er im Deutschen Bundestag den Regierenden Bürgermeister als Bürgermeister vertritt. Der Senator möchte aber dabei sein. – Die Wortmeldung von Ihnen, Herr Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD): Wir wollen das sehen, und ich möchte auch die Gelegenheit haben, das zu sehen. Jetzt ad hoc das zu vereinbaren, geht nicht, weil viele – und ich auch – im Anschluss nicht können. Und der Senator hat, wie er schon gesagt hat, einen Repräsentationstermin, der auch nicht unwichtig ist. Bitte respektieren Sie doch, dass wir einen Termin vereinbaren – er kann sehr zeitnah sein –, wo alle können. Das sollten wir machen.

Vorsitzender Peter Trapp: Okay! – Dann müssten wir noch ein Wortprotokoll beschließen. Herr Wolf hat ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt beantragt. – Ich höre keinen Widerspruch, dann ist der Antrag angenommen, und wir werden ein Wortprotokoll fertigen.

Der Ausschuss vertagt diesen Punkt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/1237

**Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden ausweiten:
Residenzpflicht für Berlin und Brandenburg
aufheben**

[0130](#)

InnSichO

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Kriminalitätsbelastete Orte in Berlin
(auf Antrag der Piratenfraktion)

[0138](#)

InnSichO

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Gefahrengebiete auch in Berlin –
Welche Orte gem. § 21 Abs. 2 ASOG gelten in Berlin
als gefährlich? Wie werden diese Orte festgelegt und
warum werden die Berlinerinnen und Berliner nicht
darüber informiert?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0139](#)

InnSichO

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.